

T 3 Ausgewählte Daten zu den Pflegediensten, Pflegeheimen und Pflegebedürftigen

Merkmal	Saarland	Regional- verband Saar- brücken	Landkreise				
			Merzig- Wadern	Neun- kirchen	Saarlouis	Saarpfalz- Kreis	St. Wendel
Leistungsempfänger/innen							
Leistungsempfänger/innen insgesamt	29 402	8 534	3 284	3 937	6 674	3 939	3 034
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner	28	25	31	28	32	26	33
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner ab 65 Jahren	110	100	121	98	125	103	130
davon: männlich	9 746	2 734	1 134	1 354	2 149	1 389	986
weiblich	19 656	5 800	2 150	2 583	4 525	2 550	2 048
davon: ambulante Pflege	5 865	1 698	519	646	1 519	697	786
stationäre Pflege	9 290	3 114	1 180	1 388	1 621	1 197	790
Pflegegeld ¹⁾	14 247	3 722	1 585	1 903	3 534	2 045	1 458
dar.: Pflegestufe I	15 552	4 629	1 669	2 042	3 491	2 115	1 606
Pflegestufe II	10 187	2 769	1 213	1 391	2 347	1 380	1 087
Pflegestufe III	3 288	969	361	469	760	417	312

Pflegebedürftigen gab es am Erhebungsstichtag 15. Dezember 2007 noch 14 247 Pflegegeldempfänger. Von ihnen waren fast zwei Drittel in Pflegestufe I, 30 Prozent in Pflegestufe II und lediglich knapp 9 Prozent in Pflegestufe III eingestuft. 5 418 Personen waren männlich und 8 829 weiblich.

Bei den reinen Pflegegeldempfängern liegt der Männeranteil um fünf Prozentpunkte höher als bei den Pflegebedürftigen insgesamt. Nach Altersgruppen betrachtet ist anzumerken, dass mit zunehmendem Alter der Bezug von Pflegegeld abnimmt. So ist lediglich jeder Zehnte der über 90jährigen unter den Pflegegeldempfängern zu finden. Im ambulanten Bereich sind dies noch 14 Prozent

und im stationären sogar jeder Fünfte.

(Autor: Heiner Bost)

Aktuelle Informationen zum Projekt Zensus 2011

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wird sich Deutschland an der EU-weiten Volkszählungsrunde mit einem registergestützten Zensus beteiligen. Bei dieser Zensuserhebung wird nicht wie bisher bei einer Vollerhebung jeder Haushalt befragt, sondern es werden verschiedene Datenquellen kombiniert, um die zensustypischen Grunddaten ermitteln zu können. Die bevölkerungsstatistischen Basisdaten werden dabei über Auswertungen der Melderegister gewonnen. Erwerbsstatistische Da-

ten werden aus den Registern der Bundesagentur für Arbeit (für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte), aus Dateien zum Personalbestand der öffentlichen Verwaltung (für Beamte, Richter und Soldaten) sowie aus ergänzenden Stichproben (z. B. für Selbstständige und mithelfende Angehörige) ermittelt. Gebäude- und Wohnungsdaten müssen durch eine postalische Befragung der rund 17,5 Millionen Gebäude- und Wohnungseigentümer erfasst werden, da es in diesem Bereich keine aussagekräftigen Registerdaten gibt. Ergänzende Stichproben bei der Bevölkerung erfolgen um die Datenqualität der Register zu prüfen und um zusätzliche Daten zu gewinnen, die in den Registern nicht enthalten sind.

Ein wichtiges Teilprojekt beim Zensus 2011 ist die Erhebung in Gemeinschaftsunterkünften. Im aktuell vorliegenden Kabinettsentwurf des Zensusanordnungsgesetzes werden all diese Unterkünfte unter dem Begriff "Sonderbereiche" zusammengefasst. Sonderbereiche umfassen damit die Gesamtheit der Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte sowie Wohnheime aber auch Gebäude, die durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen bewohnt werden. Unter Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind Einrichtungen zu verstehen, die in der Regel der längerfristigen Unterbringung und Versorgung einer Gruppe von Personen dienen (beispielsweise Alten- bzw. Pflegeheime). Um eine qualitativ hochwertige Zählung in den Sonderbereichen zu ermöglichen, muss vorab ein neukonzipiertes Sonderanschriftenregister (SAR) aufgebaut werden.

Die separate Erhebung in Sonderbereichen ist notwendig, da die Analyse der Ergebnisse des Zensus 2001 gezeigt hat, dass bei vielen Sonderbereichen hohe Fehlerraten in den Melderegistern existieren. Diese Ungenauigkeiten (Karteileichen und Fehlbestände) in den Registerdaten entstehen durch die teilweise starke Fluktuation in Sonderbereichen. Mit den beim Zensus 2011 erfassten Merkmalen können die aus den

Melderegistern gewonnenen Daten statistisch bereinigt werden, so dass im Ergebnis verlässliche Zensusdaten vorliegen.

Zur Vorbereitung der Befragung in Sonderbereichen werden momentan durch die Statistischen Ämter der Länder umfangreiche Rechercharbeiten durchgeführt, bei denen die Anschriften von Sondergebäuden und gegebenenfalls deren Ansprechpartner aufgelistet werden. Mit diesen Angaben wird dann Mitte des Jahres 2009 eine Vorbefragung der recherchierten Einrichtungen stattfinden. Ausgegangen wird derzeit von ungefähr 80 000 bis 100 000 Sonderbereichen bundesweit, darunter zirka 600 bis 700 Sonderbereichen im Saarland. Die vorbereiteten Arbeitsschritte müssen bis zur Ziehung der Stichprobe im September 2010 abgeschlossen sein, da die Bewohner der Sonderbereiche aus datenschutzrechtlichen Gründen nur eingeschränkt in die Stichprobenbefragungen einbezogen werden dürfen. Bei Bewohnern von Sonderbereichen werden beim Zensus 2011 nur wenige, grundlegende Daten erhoben. Als Erhebungsmethoden sind entweder Direktbefragungen bei den Bewohnern oder auch Befragungen der entsprechenden Einrichtungsleitung denkbar. Die einzusetzende Erhebungsmethode wird zurzeit im laufenden Gesetzgebungsverfahren des Zensusanordnungsgesetz 2011 bera-

ten. Eine endgültige Entscheidung über die anzuwendende Methode wird im Frühjahr 2009 getroffen.

(Autor: Daniel Krämer)

506 kg Haushaltsabfälle pro Einwohner

Bei den saarländischen Haushalten wurden im Jahr 2007 insgesamt 525 Tsd. Tonnen Abfälle eingesammelt. Das entspricht einer Pro-Kopf-Menge von 506 kg je Einwohner. Damit hat das Abfallaufkommen pro Einwohner gegenüber dem Vorjahr um 3 kg zugenommen. Es setzt sich zusammen aus 241 kg Haus- und Sperrmüll, 135 kg Wertstoffen und 130 kg Bioabfällen pro Kopf der Bevölkerung. Die gesamtdeutsche Abfallmenge betrug 37,4 Mio. Tonnen oder 454 kg je Einwohner.

Beim Haus- und Sperrmüll fällt im Saarland im Vergleich zum Bundesergebnis (200 kg je Einwohner) überdurchschnittlich viel Abfall an. Dieses Aufkommen ist jedoch seit Jahren rückläufig – im Saarland sogar deutlicher als auf Bundesebene – so dass der Abstand zur gesamtdeutschen Haus- und Sperrmüllmenge pro Einwohner von Jahr zu Jahr geringer wird. So lautete das Verhältnis Saarland/Bund beispielsweise im Jahr 2005 noch 255 zu 204 kg